



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: 04.12.2023
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 20:16 Uhr
Ort: Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Erste Bürgermeisterin

Elisabeth Winklmaier-Wenzl

Mitglieder des Gemeinderates

Ulrich Bader

anwesend in der Zeit von 20.08 Uhr bis 20.45 Uhr
dann wieder ab 21.12 Uhr anwesend

Stefan Berghammer
Dr.-Ing. Matthias Heigl
Udo Karp
Michael Kutenlochner
Franz Niedermaier
Manuel Pitsch
Günther Raschel
Fritz Rümenapf
Martin Schachtl
Manfred Schlamp
Matthias Wenzl

Schriftführer

Tobias Weinzierl

Abwesende und entschuldigte Personen:

Sabine Gröger
Fabienne Becker
Johannes Mitterhuber
Florian Ramsauer

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Schriftliche Bürgeranfragen
2. Mitteilungen durch die Bürgermeisterin
3. Genehmigung vom Sitzungsprotokoll gemäß § 27 der Geschäftsordnung
4. Bekanntgabe der nichtöffentlichen gefassten Beschlüsse
5. Vorstellung Franziska Willner
6. Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes auf der Fl.Nr. 164/10
7. Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans "Wohnungsbau Moosburger Str." - Aufstellungsbeschluss
8. Satzungen der Gemeinde Buch a.Erlbach
- 8.1 Neuerlass der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach
- 8.2 Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch am Erlbach
- 8.3 Neuerlass einer Hundesteuersatzung der Gemeinde Buch a.Erlbach
- 8.4 1. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Wasserversorgung Buch a.Erlbach
9. Anfragen der Gemeinderäte im öffentlichen Teil

Die Erste Bürgermeisterin Elisabeth Winklmaier-Wenzl eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung des Gemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Schriftliche Bürgeranfragen

Sachverhalt:

Bei der Gemeinde Buch a.Erlbach ist folgende Bürgeranfrage eingegangen:

- 1) Nach Einrichtung einer MVV Verbindung Buch/Thann - Moosburg erhöht sich möglicherweise die Zahl der ÖPNV-Nutzer. Somit würde es sich vielleicht anbieten, im Dorf einen „Radl-Parkplatz“ möglichst zentral und in der Nähe einer Haltestelle anzubieten. Kann sich das Gremium vorstellen, dies prüfen zu lassen ?

Antwort: Grundsätzlich ist das vorstellbar, jedoch wird erst die Resonanz der Buslinie abgewartet, ob der Bedarf tatsächlich vorhanden ist. Jedoch sind dort auch bestimmte Voraussetzungen notwendig, z.B. Grunderwerb.

- 2) Aus selbigem Anlass wären Bushäuschen vielleicht auch an manchen Stellen nützlich, wenn bei schlechtem Wetter Schüler oder auch Berufspendler den ÖPNV nutzen wollen. Besteht hierfür die Möglichkeit ?

Antwort: siehe zu Antwort 1

- 3) Wie ist der aktuelle Stand bzgl. eines Nachfolgers von Frau Dr. Jacobi?

Antwort: Es gibt noch keine Neuigkeiten zu vermelden.

2. Mitteilungen durch die Bürgermeisterin

Sachverhalt:

Die Erste Bürgermeisterin Elisabeth Winklmaier-Wenzl gibt folgendes bekannt:

- Ein herzliches Dankeschön an den Kultur- und Festausschuss, den Gemeinderäten, dem Bauhof, sowie Rita Schmierl und Ramona Daumoser für die Abhaltung und Organisation des wunderschönen Weihnachtsmarktes
- Ab 10.12.2023 fährt die neue Buslinie 687 von Thann nach Moosburg
- Der Bodenvortrag am Mittwoch, den 06.12.2023 im Bürgersaal ist abgesagt, er wird im neuen Jahr nachgeholt

3. Genehmigung vom Sitzungsprotokoll gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt das Sitzungsprotokoll vom 20.11.2023.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Punkt noch nicht anwesend

4. Bekanntgabe der nichtöffentlichen gefassten Beschlüsse

Sachverhalt:

Es können folgende nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt gegeben werden:

Netzwerkverkabelung Rathaus:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt, den Auftrag für die Netzwerkverkabelung Rathaus an den wirtschaftlichsten Anbieter, der Firma Danner aus Kumhausen in Höhe von 48.803,21 € vergeben.

Vergabe Planungsauftrag für den Tiefbrunnen 3:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt, das Ingenieurbüro Knorr aus Neubiberg mit der Planung des Tiefbrunnens 3 gemäß dem Angebot vom 31.10.2023 zu beauftragen.

Cateringunternehmen in der Flohkiste und Erlbachrolle:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt, den Auftrag ab dem 01.01.2024 für die Belieferung mit Mittagessen für die Kitas Flohkiste und Erlbachrolle an den wirtschaftlichsten Anbieter, dem Cateringunternehmer Ascher aus Oberding zu vergeben.

5. Vorstellung Franziska Willner

Sachverhalt:

Die neue Quartiersmanagerin Franziska Willner stellt sich dem Gremium vor.

6. Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes auf der Fl.Nr. 164/10

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach stimmt dem Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplanes auf der Fl.Nr. 164/10, Gem. Buch a.Erlbach zu, beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Verträge vorzubereiten und abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Punkt noch nicht anwesend

7. Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans "Wohnungsbau Moosburger Str." - Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans „Wohnungsbau Moosburger Str.“.

Der Ortsteil Niedererlbach liegt südwestlich von Buch a.Erlbach. Der Geltungsbereich umfasst insgesamt ca. 2.809 m² und betrifft das Flurstück 34 der Gemarkung Buch a.Erlbach.

Das Planungsgebiet wird folgendermaßen umgrenzt:

- im Süden durch die Staatsstraße 2054 (Moosburger Str.)
- im Osten durch eine Bebauung auf der Fl.Nr. 34/2 (Gasthaus Bauer)

Landkreis Landshut Niederbayern

- im Norden durch den ehemaligen gemeindlichen Bauhof auf der Fl.Nr. 50/7
- im Westen durch eine Wohnbebauung auf den Fl.Nrn. 32 und 34/3

Die Planung beinhaltet die Festsetzung eines Dorfgebietes mit der Zweckbestimmung „Errichtung eines Wohngebäudes inkl. gewerblichen Bau“. Durch die Planung soll im Sinne des Gesetzgebers Nachverdichtung erfolgen und u. a. der Neubau einer Wohnungsanlage mit Bürogebäude ermöglicht werden.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Punkt noch nicht anwesend

8. Satzungen der Gemeinde Buch a.Erlbach

8.1 Neuerlass der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach

Sachverhalt:

Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach

vom 04.12.2023

Aufgrund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Buch a. Erlbach folgende Satzung:

Erster Teil: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gegenstand der Satzung; Öffentliche Einrichtung

- (1) Die Gemeinde betreibt ihre Kindertageseinrichtungen als öffentliche Einrichtungen.
Ihr Besuch ist freiwillig.
- (2) Die Kindertageseinrichtungen sind im Einzelnen:
 - a) Kinderkrippen:
eine Krippe i.S. von Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für Kinder:
 - die bei Eintritt das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
 - überwiegend mit einem Lebensalter von 12 Monaten bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres. Wird das dritte Lebensjahr während des laufenden Krippenjahres vollendet, kann die Kindertageseinrichtung bis zum Ende des Krippenjahres besucht werden.
 - b) Kindergärten:
einem Kindergarten i. S. von Art. 2 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für Kinder, deren Angebot sich überwiegend an Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung richtet.
 - c) Kinderhorte:
einem Hort i. S. von Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für Kinder, deren Angebot sich überwiegend an Grundschulkinder bis zum Ende der 4. Klasse richtet.
- (3) Die Kindertageseinrichtungen dienen der Betreuung, Bildung und Erziehung der dort aufgenommenen Kinder und werden ohne Gewinnerzielungsabsicht betrieben.

- (4) Die von der Gemeinde betriebenen Kindertageseinrichtungen sind der Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde <https://www.buch-am-erlbach.de> zu entnehmen.

§ 2 Personal

- (1) Die Gemeinde stellt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen das für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen notwendige Personal.
- (2) Die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder ist durch die Gemeinde mit geeignetem und ausreichend pädagogischem Personal gemäß Abs. 2 AVBayKiBiG §§ 15-17 zu sichern.
- (3) Zur Erfüllung der Fördervoraussetzungen kann das pädagogische Personal der Gemeinde bei Bedarf und in Abstimmung mit den Leitungen übergreifend in allen Einrichtungen eingesetzt werden. Das pädagogische Personal der unterschiedlichen Einrichtungen der Gemeinde vertritt, unterstützt und ergänzt sich um die Qualität der pädagogischen Arbeit, Abläufe und Betreuungszeiten zu gewährleisten.

§ 3 Elternbeirat

- (1) Der Elternbeirat wird gemäß den gesetzlichen Regelungen im Art. 14 des Bayerischen Kinderbildungs- u. Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) gebildet.

Zweiter Teil: Aufnahme in die Kindertageseinrichtung

§ 4 Anmeldung

- (1) Die Aufnahme setzt die Anmeldung durch die Personensorgeberechtigten in der Kindertageseinrichtung voraus. Pflegepersonen und Heimerzieher/innen, die zur Vertretung in der Ausübung der elterlichen Sorge berechtigt sind, stehen Personensorgeberechtigten im Rahmen ihrer Vertretungsmacht gleich. Der Anmeldende ist verpflichtet, bei der Anmeldung die erforderlichen Angaben zur Person des aufzunehmenden Kindes und der Personensorgeberechtigten zu machen sowie alle erforderlichen Nachweise zu erbringen.
- (2) Die Anmeldung für einen Betreuungsplatz erfolgt hauptsächlich zu rechtzeitig bekannt gegebenen Terminen für das darauffolgende Betreuungsjahr. Eine spätere Anmeldung nach dem Stichtag ist möglich. Sie kann jedoch nur berücksichtigt werden, soweit Plätze zur Verfügung stehen.
- (3) Das jeweilige Betreuungsjahr beginnt am 1. September und endet am 31. August des darauffolgenden Jahres.
- (4) Die Anmeldung kann durch die Gemeinde abgelehnt oder widerrufen werden, wenn geforderte Unterlagen oder Angaben nicht fristgerecht in der Kindertageseinrichtung oder Gemeinde vorliegen.

§ 5 Aufnahme

- (1) Über die Aufnahme der angemeldeten Kinder entscheidet die Gemeinde als Träger im Einvernehmen mit den Leitungen der Kindertageseinrichtungen.
- (2) Die Platzzusage erfolgt in der Regel schriftlich durch die Gemeinde.
- (3) Die Aufnahme in eine **Kinderkrippe** erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze. Sind nicht genügend Plätze verfügbar, so wird die Auswahl unter den in der Gemeinde wohnenden Kindern nach nachfolgenden Kriterien getroffen:
1. Kinder, deren Personensorgeberechtigten alleinerziehend sind;
 2. Kinder, deren Familien sich in einer besonderen Notlage befinden;
 3. Kinder, die im Interesse einer sozialen Integration der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung bedürfen
 4. Berufstätigkeit beider Elternteile
- Zum Nachweis der Dringlichkeit sind auf Anforderung entsprechende Belege beizubringen.
- (4) Die Aufnahme in einen **Kindergarten** erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze. Sind nicht genügend Plätze verfügbar, so wird die Auswahl unter den in der Gemeinde wohnenden Kindern

nach nachfolgenden Kriterien getroffen:

1. Kinder, die im nächsten Jahr schulpflichtig werden;
2. Kinder, deren Personensorgeberechtigten alleinerziehend sind;
3. Kinder, deren Familien sich in einer besonderen Notlage befinden;
4. Kinder, die im Interesse einer sozialen Integration der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung bedürfen;
5. Berufstätigkeit beider Elternteile.

Zum Nachweis der Dringlichkeit sind auf Anforderung entsprechende Belege beizubringen.

- (5) Die Aufnahme in einen **Hort** erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze. Sind nicht genügend Plätze verfügbar, so wird die Auswahl unter den in der Gemeinde wohnenden und die Bucher Grundschule besuchenden Kindern anhand des Punktesystems getroffen. Die Punktevergabe erfolgt durch die Leitung in Absprache mit der Gemeinde.
Für Kinder, die gemäß Vorschlag der Sozialverwaltung aufgrund ihrer hohen Dringlichkeit einen Betreuungsplatz benötigen, steht ein Platzkontingent zur Verfügung. In diesem Fall ist die Übermittlung wichtiger Informationen von Seiten des Bezirkes an die Gemeinde und Einrichtung unumgänglich. Bei der Vergabe von Hortplätzen werden Kinder, die zum Zeitpunkt der Anmeldung noch keine Schüler der Bucher Grundschule sind - aber eine Einschreibung zum 1.9. glaubhaft machen können, bei der Auswahl den Bucher Schülern gleichgestellt.
- (6) In besonderen Fällen kann in allen Einrichtungen von den o. g. Kriterien abgewichen werden. Diese Entscheidung trifft die Gemeinde.
- (7) Die Aufnahme erfolgt für die in der Gemeinde wohnenden Kinder unbefristet jedoch alters- und nutzungsbegrenzt gemäß § 1 Abs. 2.
- (8) Auswärtige Kinder können unbefristet oder befristet aufgenommen werden, soweit und solange freie Plätze verfügbar sind.
- (9) Stehen mehrere gemeindliche Einrichtungen mit der gleichen Nutzungsart nach § 1 Abs. 2 zur Verfügung, wird bei der Platzvergabe auf das Wunsch- und Wahlrecht der Personensorgeberechtigten und auf bereits vorhandene Geschwisterkinder Rücksicht genommen; es besteht allerdings kein Rechtsanspruch auf den Platz in einer bestimmten Einrichtung.
- (10) Kommt ein Kind nicht zum angemeldeten Termin und wird es nicht entschuldigt, kann der Platz im darauffolgenden Monat anderweitig vergeben werden. Die Gebührenpflicht bleibt hiervon unberührt.
- (11) Kann ein Kind nicht in eine Einrichtung aufgenommen werden, wird es auf einer Warteliste geführt. Bei freiwerdenden Kapazitäten werden die Plätze an die Kinder der Warteliste entsprechend der Kriterien nach § 5 Abs. 3, 4, 5 vergeben.
- (12) Eine Absage des zur Verfügung gestellten Platzes muss durch die Personensorgeberechtigten schriftlich innerhalb 1 Woche nach Erhalt der Zusage erfolgen. Mit Absage verzichten die Personensorgeberechtigten auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für das jeweils laufende Betreuungsjahr. Die Personensorgeberechtigten können ihr Kind erneut für das darauffolgende Betreuungsjahr anmelden.
- (13) Sofern die rechtlichen Rahmenbedingungen es zulassen, können auch Kinder für eine kurze Zeit den Hort besuchen, die nicht regelmäßig in der Einrichtung sind (Notfall, Ferien). Die Personensorgeberechtigten müssen ihren Bedarf dafür rechtzeitig bei der Einrichtungsleitung anmelden. Die Genehmigung der Gemeinde ist im Regelfall nötig (Kurzzeitbuchungen).

§ 6 Betreuungsvereinbarung

- (1) Bei der Aufnahme des Kindes haben die Personensorgeberechtigten in einer Betreuungsvereinbarung mit der Gemeinde Buchungszeiten für das Betreuungsjahr festzulegen.
- (2) Buchungszeiten sind Zeiten, in denen das Kind die Einrichtung regelmäßig besucht. Sie umfassen unter Beachtung der Mindestbuchungszeiten (§ 6 Abs. 3, 4 u.5) und innerhalb der festgelegten Öffnungszeiten (§ 8) die individuellen Nutzungszeiten (Betreuungs- und Abholzeiten).
- (3) Die Mindestbuchungszeit im Hort beträgt 16 Stunden pro Woche.

- (4) Die Mindestbuchungszeit in einem Kindergarten (mit und ohne Kinderkrippengruppe) beträgt 20 Stunden pro Woche.
- (5) Die Mindestbuchungszeit in einer Kinderkrippe beträgt in der Regel 21,25 Stunden pro Woche.
- (6) Buchungen unter der Mindestbuchungszeit sind nur im Einzelfall aus wichtigem Grund möglich und benötigen die Genehmigung der Gemeinde im Einvernehmen mit der Einrichtungsleitung.
- (7) Eine Änderung der vereinbarten Buchungszeiten im Rahmen der Öffnungszeiten und unter Berücksichtigung der Mindestbuchungszeit ist durch die Personensorgeberechtigten mit einer Frist von vier Wochen zum 1. eines Monats bei der Einrichtungsleitung zu beantragen. Der Antrag benötigt die Zustimmung der Gemeinde. Es wird eine neue Buchungsvereinbarung abgeschlossen; Verwaltungsgebühren können fällig werden (Gebührensatzung).
- (8) Grundschulkinder die regelmäßig den Hort besuchen werden in den Schulferien (außerhalb der Schließzeiten) im Hort betreut. Dazu werden gesonderte schriftliche Buchungsvereinbarungen mit den Personensorgeberechtigten abgeschlossen; Feriengebühren können fällig werden (Gebührensatzung).
- (9) In den Einrichtungen wird ein Mittagessen (Cateringunternehmen) angeboten. Im Regelfall sollen die Kinder mit einer ganztägigen Betreuungszeit an diesem gemeinsamen Mittagessen teilnehmen.
- (10) Die Personensorgeberechtigten geben schriftlich bei Vertragsabschluss an, welche zusätzlichen Personen über 18 Jahren das Kind abholen dürfen.

Dritter Teil: Abmeldung und Ausschluss

§ 7 Abmeldung; Ausscheiden

- (1) Das Ausscheiden aus der Kindertageseinrichtung erfolgt durch schriftliche Abmeldung mit gleichzeitiger Kündigung des Bildungs- und Betreuungsvertrages seitens der Personensorgeberechtigten.
- (2) Die Abmeldung durch die Personensorgeberechtigten ist nur zum 28.2. oder 31.8. unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zulässig.
- (3) Bei Umzug in eine andere Gemeinde ist eine Kündigung jeweils zum Monatsende unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zulässig.
- (4) Eine Abmeldung durch die Personensorgeberechtigten zu einem anderen Datum wird nur im Ausnahmefall aus wichtigem Grund von der Gemeinde anerkannt.

§ 8 Ausschluss

- (1) Ein Kind kann vom weiteren Besuch der Kindertageseinrichtung vorübergehend oder dauerhaft von der Gemeinde oder Einrichtungsleitung ausgeschlossen werden, wenn
 - a. der gewöhnliche Aufenthalt des betreuten Kindes in eine andere Gemeinde verlegt wird;
 - b. das Kind mehr als 20 aufeinanderfolgende Öffnungstage die Einrichtung unentschuldigt nicht besucht hat. Eine Entschuldigung muss mit einer Frist von zwei Wochen vor dem ersten Abwesenheitstag unter Darlegung der Gründe schriftlich bei der Leitung der Kindertageseinrichtung vorgelegt werden;
 - c. die Buchungszeiten regelmäßig nicht eingehalten werden;
 - d. die Regelungen des Bildungs- und Betreuungsvertrages mit Anlagen nicht eingehalten werden;
 - e. Unterlagen nicht fristgerecht beigebracht werden;
 - f. das Kind sich und/oder andere gefährdet und durch Kooperation mit den Personensorgeberechtigten die Gefährdung nicht abgewendet werden kann;
 - g. die Personensorgeberechtigten mit ihren Zahlungsverpflichtungen, die sich aus dem Betreuungsvertrag ergeben, mindestens zwei Monate im Rückstand sind;
 - h. das Hortkind nicht mehr an der Schule Buch am Erlbach beschult wird (Schulwechsel);
 - i. Das Kind wird vorübergehend vom weiteren Besuch der Einrichtung ausgeschlossen, wenn Anzeigen oder der Verdacht bestehen, dass es an einer übertragbaren Krankheit gemäß § 34 Infektionsschutzgesetz erkrankt ist.

Landkreis Landshut Niederbayern

- j. Das Kind wird vorrübergehend vom Besuch ausgeschlossen, wenn der Gesundheitszustand des Kindes annehmen lässt, dass der weitere Besuch der Einrichtung nicht zu seiner Genesung beiträgt oder andere gefährdet.
 - k. Erkrankungen des Kindes sind der Kita unverzüglich unter Angabe des Krankheitsgrundes mitzuteilen; die voraussichtliche Dauer der Erkrankung soll angegeben werden. Bei einer ansteckenden Krankheit ist die Kita unverzüglich zu benachrichtigen.
 - l. Das Kind darf nach einer Krankheit erst nach vollständiger Genesung wieder die Kindertageseinrichtung besuchen. Eine Bescheinigung durch den behandelnden Arzt über die Genesung kann von der Einrichtung verlangt werden.
 - m. Nach Durchfallerkrankungen und/oder Fieber muss das Kind 48 Stunden beschwerdefrei sein bevor es die Einrichtung wieder besuchen kann.
- (2) Ein Kind wird vom Mittagessen vorrübergehend oder dauerhaft von der Gemeinde oder Einrichtungsleitung ausgeschlossen, wenn die Personensorgeberechtigten mit ihren Zahlungsverpflichtungen für die Mittagessengebühren mindestens zwei Monate im Rückstand sind.
- (3) Der Ausschluss eines Kindes erfolgt im Regelfall schriftlich mit einer Frist von mindestens zwei Wochen durch die Gemeinde. Ein mündlicher Ausschluss durch die Einrichtungsleitung ist ebenfalls zulässig. Vor dem Ausschluss ist den Personenberechtigten und auf deren Antrag dem Elternbeirat (§ 3) Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Vierter Teil: Sonstiges

§ 9 Öffnungszeiten; Schließzeiten; Änderungen

- (1) Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen werden von der Gemeinde im Einvernehmen mit den Einrichtungen und dem jeweiligen Elternbeirat festgelegt und veröffentlicht.
- (2) Die Öffnungszeiten können von der Gemeinde im Einvernehmen mit den Einrichtungen und dem jeweiligen Elternbeirat mit einer Frist von zwei Monaten zum Monatsende aus wichtigem Grund geändert werden (Bedarf, Personalsituation).
- (3) Die Öffnungszeiten der gemeindlichen Einrichtungen können voneinander abweichen (unterschiedlicher Bedarf, Personalsituation).
- (4) Die Kindertageseinrichtungen haben an den gesetzlichen Feiertagen, am 24.12. und 31.12. und zu den rechtzeitig bekannt gegebenen Schließtagen geschlossen BayKiBiG Art. 21 Abs. 4; AVBayKiBiG § 25 Abs. 1.
- (5) Die Schließzeiten der gemeindlichen Einrichtungen können voneinander abweichen.
- (6) Die Einrichtungen können kurzfristig auf Anordnung einer Behörde (Pandemie, Infektionsschutz) oder nach mindestens vierwöchiger vorheriger Ankündigung aus einem wichtigen Grund (Personalsituation) ersatzlos oder teilweise geschlossen werden.
- (7) Die Buchungszeiten können auf Anordnung einer Behörde oder nach mindestens vierwöchiger vorheriger Ankündigung aus einem wichtigen Grund (Personalsituation) durch die Gemeinde geändert werden.
- (8) Modellversuche nach § 31 BayKiBiG können durchgeführt werden. In diesem Fall kann die Gemeinde von den Regelungen dieser Satzung in Abstimmung mit den Einrichtungsleitungen und dem Elternbeirat abweichen.

§ 10 Mitwirkung der Personensorgeberechtigten; Regelmäßiger Besuch

- (1) Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, für einen regelmäßigen und kontinuierlichen Besuch ihres Kindes in der Kindertageseinrichtung unter Beachtung der gebuchten Zeiten zu sorgen. Über Ausnahmen und Abweichungen entscheidet die Einrichtungsleitung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Wesentliche Änderungen, insbesondere beim Personensorgerecht oder der Anschrift, sind von den Personensorgeberechtigten unverzüglich mitzuteilen.

- (3) Kann ein Kind nicht innerhalb angemessener Zeit nach Ende der Öffnungszeit abgeholt und sind die Personensorgeberechtigten nicht erreichbar, ist das diensthabende Personal der Kindertageseinrichtung angewiesen, eine für die weitere Betreuung des Kindes erforderliche und angemessene Regelung zu treffen. Die durch verspätete- oder Nichtabholung entstandenen Kosten werden an die Personensorgeberechtigten als zusätzliche Benutzungsgebühren berechnet.
- (4) Kann ein Kind die Kindertageseinrichtung nicht besuchen oder kommt es erst später bzw. wird später als vereinbart gebracht, ist die Kindertageseinrichtung unverzüglich zu verständigen.
- (5) Personensorgeberechtigte und Einrichtung gehen eine Erziehungspartnerschaft ein, bei der beide zum Wohl des Kindes kooperieren. Eine wirkungsvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit hängt entscheidend von der verständnisvollen Mitarbeit und Mitwirkung der Personensorgeberechtigten ab. Daher bekommen die Personensorgeberechtigten die Möglichkeit, an Elternabenden und individuellen Gesprächsterminen teilzunehmen.

§ 11 Unfallversicherungsschutz

- (1) Kinder in der Kindertageseinrichtung sind bei Unfällen auf dem direkten Weg zur oder von der Einrichtung, während des Aufenthalts in der Einrichtung und während Veranstaltungen der Einrichtung im gesetzlichen Rahmen unfallversichert. Das durch den Aufnahmebescheid begründete Betreuungsverhältnis schließt eine Vorbereitungs- und Eingewöhnungsphase des Kindes mit ein. Die Personensorgeberechtigten haben Unfälle auf dem Weg unverzüglich zu melden.

§ 12 Haftung

- (1) Die Gemeinde haftet für Schäden, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kindertageseinrichtung entstehen, nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Unbeschadet von Absatz 1 haftet die Gemeinde für Schäden, die sich aus der Benutzung der Kindertageseinrichtung ergeben, nur dann, wenn einer Person, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Insbesondere haftet die Gemeinde nicht für Schäden, die Benutzern durch Dritte zugefügt werden.

Fünfter Teil: Schlussbestimmungen

§ 13 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.01.2024 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft:
 - a) Satzung für die Kindertageseinrichtung (Kinderkrippe) der Gemeinde Buch a. Erlbach vom 11.05.2010 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 25.07.2017
 - b) Benutzungssatzung für die Kindertageseinrichtung (Erlbachtrole) der Gemeinde Buch a. Erlbach vom 01.09.2021
 - c) Benutzungssatzung für die Kindertageseinrichtung (Hort Tintenfass) der Gemeinde Buch a. Erlbach vom 01.04.2020

Buch a. Erlbach, den

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Erste Bürgermeisterin

Stellungnahme der Kämmerei:

Die Kämmerei stimmt dem Neuerlass der Satzung zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt den Neuerlass der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend

8.2 Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch am Erlbach

Sachverhalt:

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der
Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach**

vom 04.12.2023

Aufgrund von Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Buch a. Erlbach folgende Satzung:

**Erster Teil:
Allgemeine Vorschriften**

§ 1 Gebührenpflicht

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen Gebühren.

§ 2 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner sind,
- a) die Personensorgeberechtigten des Kindes, das in eine Kindertageseinrichtung aufgenommen wird,
 - b) diejenigen, die das Kind zur Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung angemeldet haben.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühren nach § 5 Abs. 1 entstehen nach Abschluss des Betreuungsvertrages erstmals mit der Aufnahme des Kindes in die Kindertageseinrichtung; im Übrigen entstehen diese Gebühren jeweils fortlaufend mit Beginn des Monats. Die Gebühren sind auch dann zu entrichten, wenn die Kindertageseinrichtung während der Schließzeiten und an Feiertagen geschlossen bleibt. Dies gilt auch, wenn das Kind auf Wunsch der Personensorgeberechtigten vorübergehend nicht die Einrichtung besucht, krankheitsbedingt fehlt oder vorübergehend ausgeschlossen ist.
- (2) Die Gebühren werden in voller Höhe auch fällig, wenn die Einrichtungen (§ 8 Abs. 3, 4 Satzung über die Benutzung) teil-/geschlossen sind, sofern diese (Teil-) Schließung einen Zeitraum von 20 aufeinanderfolgende Betriebstagen nicht überschreitet.
- (3) Die Gebühren werden jeweils am 28. eines Monats für den gesamten Monat fällig. Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde eine Einzugsermächtigung (SEPA-Mandat) für ihr Konto zu erteilen. Barzahlung ist nicht möglich.
- (4) Die Gebühren für das Mittagessen nach § 5 Abs. 4 entstehen erstmals mit der Anmeldung zur Teilnahme am Mittagessen, im Übrigen täglich fortlaufend, wenn nicht eine Abbestellung nach § 3 Abs. 5 erfolgt. Die Gebühren werden im Laufe des darauffolgenden Monats abgebucht – zeitlich unabhängig von der Benutzungsgebühr. Sie werden auch dann fällig, wenn das Kind an den gebuchten Tagen tatsächlich nicht anwesend war.

Landkreis Landshut Niederbayern

- (5) Das Mittagessen wird von der Kindertageseinrichtung im Voraus für die nächste Kalenderwoche bestellt. Abbestellungen vom Mittagessen können nur berücksichtigt werden, wenn sie der Kindertageseinrichtung bis spätestens Donnerstagmittag der vorausgehenden Kalenderwoche gemeldet werden.
- (6) Die Gebühren für Ferien- und Kurzzeitbuchungen § 5 Abs. 5, 6 werden mit Ende des jeweiligen Schuljahres fällig und gemäß Buchungsbeleg berechnet. Die Gebühren werden auch dann fällig, wenn das Kind an den gebuchten Tagen tatsächlich nicht anwesend war.
- (7) Die Verwaltungsgebühren § 7 werden mit Inanspruchnahme der Leistung fällig und berechnet.

Zweiter Teil: Einzelne Gebühren

§ 4 Gebührenmaßstab

Die Höhe der Gebühren i. S. des § 5 Abs. 1 richtet sich nach der Dauer des Besuchs der jeweiligen Kindertageseinrichtung.

§ 5 Gebührensatz

- (1) Für jeden angefangenen Monat werden folgende Gebühren erhoben:

Buchungszeit	Kinderkrippe	Kindergarten	Kinderhort
1 bis 2 Stunden			84,00 €
2 bis 3 Stunden			108,00 €
3 bis 4 Stunden	187,00 €	110,00 €	132,00 €
4 bis 5 Stunden	221,00 €	130,00 €	156,00 €
5 bis 6 Stunden	255,00 €	150,00 €	180,00 €
6 bis 7 Stunden	289,00 €	170,00 €	204,00 €
7 bis 8 Stunden	323,00 €	190,00 €	228,00 €
8 bis 9 Stunden	357,00 €	210,00 €	252,00 €
9 bis 10 Stunden	391,00 €	230,00 €	276,00 €

- (2) In den unter Abs. 1 genannten Gebühren sind das Spiel- und Brotzeitgeld inbegriffen.
- (3) Der Gebührensatz wird für insgesamt 12 Monate erhoben.
- (4) Nimmt ein Kind am Mittagessen teil, ist als Essensgebühr für jedes Mittagessen der jeweilige Selbstkostenpreis der Gemeinde zu bezahlen. Die Essensgebühr wird nach Ablauf des Monats vom angegebenen Konto abgebucht.
- (5) Ferienbuchungen (nur im Hort)
Bei der Abrechnung der Ferientage (außerhalb der Schließtage) bei vorhandener Standard-Regelbuchung wird folgendes zugrunde gelegt:
- bis 14 Tage Ferienbuchung pro Kalenderjahr sind mit den 12 regelmäßigen Monatsgebühren nach § 5 Abs. 1 abgegolten
 - 15 bis 29 gebuchte Ferientage pro Kalenderjahr entsprechen 11 regelmäßigen Monatsgebühren nach § 5 Abs. 1 und einer erhöhten Monatsgebühr Ferienbuchungen
 - 30 bis 44 gebuchte Ferientage pro Kalenderjahr entsprechen 10 regelmäßigen Monatsgebühren nach § 5 Abs. 1 und zwei erhöhten Monatsgebühren Ferienbuchungen
 - ab 45 gebuchte Ferientage pro Kalenderjahr entsprechen 9 regelmäßigen Monatsgebühren nach § 5 Abs. 1 und drei erhöhten Monatsgebühren Ferienbuchungen

Die Höhe der Benutzungsgebühr für die Ferientage (Ferienbuchung) richtet sich nach den durchschnittlich gebuchten Betreuungsstunden auf dem Ferienbuchungsbeleg und kann somit von der regelmäßig zu zahlenden Monatsgebühr abweichen.

Landkreis Landshut Niederbayern

Bei einem Austritt während des laufenden Betreuungsjahres erfolgt die Abrechnung der Ferienbuchungen in dem Monat, welcher auf den Monat des Austritts folgt.

(6) Kurzzeitbuchungen (nur im Hort)

Für Kinder, die den Hort ausschließlich in den Ferien (nicht während der Schulzeit) besuchen, wird eine Kurzzeitbuchung nach gebuchten Stunden (Buchungszeitkategorie) gemäß § 5 Abs. 1 aufgrund des vorliegenden Buchungsbeleges zzgl. Mittagessen anteilig je gebuchtem Tag abgerechnet. Eine Verwaltungsgebühr wird fällig § 7 Abs. 2.

§ 6 Geschwisterermäßigung

Besuchen mehrere Kinder einer Familie (auch Stief-, Halbgeschwister oder in der Familie befindliche Pflegekinder) gleichzeitig und regelmäßig jeden Monat die gemeindlichen Kindertageseinrichtungen wird der Gebührensatz gemäß § 5 Abs. 1, 5 für das zweite, dritte und vierte Kind um jeweils ein Viertel ermäßigt. Für das fünfte und jedes weitere Kind einer Familie, das gleichzeitig mit vier seiner Geschwister in den gemeindlichen Kindertageseinrichtungen betreut wird, erfolgt keine Gebührenerhebung mehr. Gebühren für Kurzzeitbuchungen § 5 Abs. 6 sind von der Ermäßigung ausgenommen.

§ 7 Verwaltungsgebühren

Die Gemeinde erhebt Verwaltungsgebühren.

- (1) Eine Änderung der Buchungszeiten in Krippe und Kindergarten im Betreuungsjahr (1.9.-31.8.) ist inbegriffen. Im Hort sind aufgrund von Stundenplanänderungen zwei Änderungen der Buchungszeiten im Betreuungsjahr (1.9.-31.8.) inbegriffen.
Für jede weitere Änderung wird eine Verwaltungsgebühr von 15,00 € erhoben.
- (2) Für jeden Tag einer Kurzzeitbuchung §5 (6) im Hort wird eine Verwaltungsgebühr von 5,00 € erhoben.

Dritter Teil: Schlussbestimmungen

§ 7 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft:
 - a) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtung (Kinderkrippe) (Kindertageseinrichtung-Gebührensatzung) der Gemeinde Buch a. Erlbach vom 14.05.2010 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 23.02.2021
 - b) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtung (Erlbachrolle) (Kindertageseinrichtung-Gebührensatzung) der Gemeinde Buch a. Erlbach vom 22.02.2021
 - c) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtung „Hort Tintenfass“ vom 01.08.2016 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 22.02.2021

Buch a. Erlbach, den

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Erste Bürgermeisterin

Stellungnahme der Kämmerei:

Die Kämmerei stimmt dem Neuerlass der Satzung zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt den Neuerlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Buch a. Erlbach zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend

8.3 Neuerlass einer Hundesteuersatzung der Gemeinde Buch a.Erlbach

Sachverhalt:

Satzung für die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung – HStS)

vom 04.12.2023

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde Buch a.Erlbach folgende Satzung:

§ 1 Steuertatbestand

¹Das Halten eines über vier Monate alten Hundes im Gemeindegebiet unterliegt einer gemeindlichen Jahresaufwandsteuer nach Maßgabe dieser Satzung. ²Maßgebend ist das Kalenderjahr.

§ 2 Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das Halten von

1. Hunden allein zu Erwerbszwecken, insbesondere das Halten von
 - a) Hunden in Tierhandlungen,
 - b) Hunden, die zur Bewachung von zu Erwerbszwecken gehaltenen Herden notwendig sind und zu diesem Zwecke gehalten werden,
2. Hunden des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Malteser Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfall-Hilfe oder des Technischen Hilfswerks, die ausschließlich der Durchführung der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen,
3. Hunden ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben,
4. Hunden, die von Mitgliedern der Truppen oder eines zivilen Gefolges verbündeter Stationierungstreitkräfte sowie deren Angehörigen gehalten werden,
5. Hunden, die von Angehörigen ausländischer diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland gehalten werden,
6. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
7. Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen,
8. Hunden, die für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind.

§ 3 Steuerschuldner, Haftung

(1) ¹Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. ²Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen aufgenommen hat. ³Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält. ⁴Alle in einen Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.

(2) Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, sind sie Gesamtschuldner.

(3) Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

§ 4 Wegfall der Steuerpflicht, Anrechnung

- (1) Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen in weniger als drei aufeinanderfolgenden Monaten im Kalenderjahr erfüllt werden.
- (2) ¹Tritt an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes, für den die Steuerpflicht im Kalenderjahr bereits entstanden und nicht nach Abs. 1 entfallen ist, bei demselben Halter ein anderer Hund, entfällt für dieses Kalenderjahr die weitere Steuerpflicht für den anderen Hund. ²Tritt in den Fällen des Satzes 1 an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes ein Kampfhund, entsteht für dieses Kalenderjahr hinsichtlich dieses Kampfhundes eine weitere Steuerpflicht mit einem Steuersatz in Höhe der Differenz aus dem erhöhten Steuersatz für Kampfhunde und dem Steuersatz, der für den verstorbenen oder veräußerten Hund gegolten hat.
- (3) ¹Ist die Steuerpflicht eines Hundehalters für das Halten eines Hundes für das Kalenderjahr oder für einen Teil des Kalenderjahres bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland entstanden und nicht später wieder entfallen, ist die erhobene Steuer auf die Steuer anzurechnen, die dieser Hundehalter für das Kalenderjahr nach dieser Satzung zu zahlen hat. ²Mehrbeträge werden nicht erstattet.

§ 5 Steuermaßstab und Steuersatz

- (1) ¹Die Steuer beträgt
- | | |
|-------------------------|--------------|
| für den ersten Hund | 60,00 Euro, |
| für den zweiten Hund | 80,00 Euro, |
| für jeden weiteren Hund | 100,00 Euro, |
| für jeden Kampfhund | 600,00 Euro. |
- ²Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 2 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. ³Hunde, für die die Steuer nach § 6 ermäßigt wird, gelten als erste Hunde.
- (2) ¹Kampfhunde sind Hunde, bei denen auf Grund rassenspezifischer Merkmale, Zucht und Ausbildung von einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren auszugehen ist. ²Kampfhunde im Sinne dieser Vorschrift sind alle in § 1 der Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit genannten Rassen und Gruppen von Hunden sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.

§ 6 Steuerermäßigung

- (1) ¹Die Steuer ist um die Hälfte ermäßigt für
1. Hunde, die in Einöden gehalten werden. Als Einöde gilt ein Anwesen, dessen Wohngebäude mehr als 500 m Luftlinie von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.
 2. Hunde, die von Forstbediensteten, Berufsjägern oder Inhabern eines Jagdscheines ausschließlich oder überwiegend zur Ausübung der Jagd oder des Jagd- oder Forstschutzes gehalten werden, sofern nicht die Hundehaltung steuerfrei ist. Die Steuerermäßigung tritt nur ein, wenn die Hunde die Brauchbarkeitsprüfung oder eine ihr gleichgestellte Prüfung nach § 21 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes mit Erfolg abgelegt haben.
- ²Die Steuerermäßigung nach Satz 1 kann nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden. ³Sind sowohl die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 1 als auch des Satzes 1 Nr. 2 erfüllt, wird die Steuer nur einmal ermäßigt.

§ 7 Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- (1) ¹Steuerermäßigungen werden auf Antrag gewährt. ²Der Antrag ist bis zum Ende des Kalenderjahres zu stellen, für das die Steuerermäßigung begehrt wird. ³In dem Antrag sind die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung darzulegen und auf Verlangen der Gemeinde glaubhaft zu machen. ⁴Maßgebend für die Steuerermäßigung sind die Verhältnisse zu Beginn des

Kalenderjahres. ⁵Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Kalenderjahres, ist dieser Zeitpunkt entscheidend.

(2) Für Kampfhunde wird keine Steuerbefreiung nach § 2 Nr. 7 und 8 und keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 8 Entstehen der Steuerpflicht

Die Steuerpflicht entsteht mit Beginn des jeweiligen Kalenderjahres oder – wenn der Steuertatbestand erst im Verlauf eines Kalenderjahres verwirklicht wird – mit Beginn des Tages, an dem der Steuertatbestand verwirklicht wird.

§ 9 Fälligkeit der Steuer

Die Steuerschuld ist mit der auf das Kalenderjahr entfallenden Steuer fällig am 15. Mai eines jeden Kalenderjahres, frühestens jedoch einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheids.

§ 10 Anzeigepflichten und sonstige Pflichten

(1) Wer einen über vier Monate alten Hund hält, muss ihn innerhalb eines Monats nach Anschaffung unter Angabe von Herkunft, Alter und Rasse sowie unter Angabe, ob die Hundehaltung zu einem Zweck im Sinne des § 2 erfolgt, und gegebenenfalls unter Vorlage geeigneter Nachweise der Gemeinde melden.

(2) Wer einen unter vier Monate alten Hund hält, muss ihn innerhalb eines Monats nach Vollendung des vierten Lebensmonats des Hundes unter Angabe von Herkunft, Alter und Rasse sowie unter Angabe, ob die Hundehaltung zu einem Zweck im Sinne des § 2 erfolgt, und gegebenenfalls unter Vorlage geeigneter Nachweise der Gemeinde melden.

(3) ¹Zur Kennzeichnung eines jeden angemeldeten Hundes gibt die Gemeinde eine Hundesteuermarke aus, die der Hund außerhalb der Wohnung des Hundehalters oder seines umfriedeten Grundbesitzes stets tragen muss. ²Der Hundehalter ist verpflichtet, einem Beauftragten der Gemeinde die Steuermarke auf Verlangen vorzuzeigen; werden andere Personen als der Hundehalter mit dem Hund angetroffen, sind auch diese Personen hierzu verpflichtet.

(4) ¹Der steuerpflichtige Hundehalter (§ 3) soll den Hund innerhalb eines Monats bei der Gemeinde abmelden, wenn er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, wenn der Hund abhandengekommen oder tot ist oder wenn der Halter aus der Gemeinde weggezogen ist. ²Mit der Abmeldung des Hundes ist die noch vorhandene Hundesteuermarke an die Gemeinde zurückzugeben.

(5) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung weg, ist das der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Wegfall anzuzeigen.

§ 11 Inkrafttreten

(1) Diese Hundesteuersatzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31.12.2023 tritt die Hundesteuersatzung vom 07.06.2006 außer Kraft.

GEMEINDE BUCH a. ERLBACH

Buch a. Erlbach, den 05.12.2023

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Erste Bürgermeisterin

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt den Neuerlass der Hundesteuersatzung der Gemeinde Buch a.Erlbach zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Gemeinderat Bader war zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend

8.4 1. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Wasserversorgung Buch a.Erlbach

Sachverhalt:

**1.Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der
Gemeinde Buch a.Erlbach (BGS-WAS)**

BGS-WAS vom 12.10.2022 – in Kraft ab 01.01.2022

Auf Grund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2, Abs. 2 bis 4 der Gemeindeordnung (GO) erlässt die Gemeinde Buch a.Erlbach folgende Satzung:

§ 1

§ 8 Beitragsablösung BGS-WAS wird zum § 7 a (keine weiteren Änderungen).

§ 2

Nach dem neuen § 7 a Beitragsablösung wird § 8 Erstattung des Aufwands für Grundstücksanschlüsse eingefügt:

(1) Der Aufwand für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse im Sinn des § 3 WAS ist mit Ausnahme des Aufwands, der auf die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse entfällt, in der jeweils tatsächlichen Höhe zu erstatten.

(2) ¹Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. ²Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist; mehrere Schuldner (Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte) sind Gesamtschuldner. ³§ 7 gilt entsprechend.

(3) ¹Der Erstattungsanspruch kann vor seinem Entstehen abgelöst werden. ²Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Erstattungsanspruchs. ³Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt zum 01.01.2024 in Kraft.

Buch a.Erlbach, den

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Erste Bürgermeisterin

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Buch a.Erlbach beschließt die 1. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Wasserversorgung Buch a.Erlbach zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

9. Anfragen der Gemeinderäte im öffentlichen Teil

Sachverhalt:

Im Gemeinderat ergeben sich folgende Fragen:

Udo Karp:

Die Straßenlampe (aus der letzten Sitzung) ist immer noch nicht repariert.

Antwort:

Die Verwaltung kümmert sich darum.

Ulrich Bader:

Bei der Doktorgasse befindet sich immer noch das Schild „Arzt“ und die Auflistung der Postkasten stimmt im Internet nicht überein.

Antwort:

Die Verwaltung kümmert sich darum.

Martin Schachtl:

Wie sieht es mit den Baumfällungen aus?

Antwort:

Die Verwaltung gibt das an das Bauamt weiter.

Franz Niedermaier:

Ein herzliches Dankeschön an den Bauhof für den Weihnachtsmarkt!

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt die Erste Bürgermeisterin Elisabeth Winklmaier-Wenzl um 20:16 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Elisabeth Winklmaier-Wenzl
Erste Bürgermeisterin

Tobias Weinzierl
Schriftführung